

Oskar Weggel

Der amerikanische Außenminister in Beijing

- "Freie, offene und schwierige" Gespräche -

Gliederung:

- 1 Frostige Atmosphäre beim Besuch James Bakers in Beijing
- 2 Ein Bündel von Streitfragen
 - 2.1 Die Menschenrechtsfrage
 - 2.2 Chinesische Raketen- und Nuklearwaffenexporte?
 - 2.3 Fünf Probleme im Bereich der Außenwirtschaftsbeziehungen
 - 2.3.1 Die Meistbegünstigung
 - 2.3.2 Ungerechtfertigte Exportüberschüsse Chinas?
 - 2.3.3 Copyright- und Patent-Verletzungen?
 - 2.3.4 Umgehung der Importquoten durch China?
 - 2.3.5 Häftlingsprodukte?
 - 2.4 Dissens in der Taiwanfrage
 - 2.4.1 Zuviel US-Verständnis für Taiwans "flexible Diplomatie"
 - 2.4.2 Die GATT-Frage
 - 2.5 US-Asyl für den früheren chinesischen Vertreter in Hongkong?
 - 2.6 Empfang des Dalai Lama durch Bush
 - 2.7 Chinesische Schwierigkeiten im Umgang mit der amerikanischen Denkart
 - 2.7.1 "Idealismus" - "Realismus"
 - 2.7.2 Bushs "Neue Weltordnung"
 - 2.7.3 "Proamerikanismus" in China und seine Tücken: Xenophobische Reaktionen der chinesischen Führung

- 3 Ergebnisse der Gespräche
 - 3.1 Keine Fortschritte in der Frage der Menschenrechte
 - 3.2 Erfolgreiche Ansätze
 - 3.2.1 Beitritt Chinas zum MTCR
 - 3.2.2 Übereinstimmung in einer Reihe internationaler Fragen
 - 3.2.3 Zum Patentrecht
 - 3.2.4 Flugfrequenzen
 - 3.2.5 Hauptergebnis: Die Spitzenorgane sind miteinander wieder im Gespräch
- 1 Frostige Atmosphäre beim Besuch James Bakers in Beijing

James Baker, der amerikanische Außenminister, besuchte - im Anschluß an Konferenzen in Japan und Südkorea - vom 15. bis 17. November 1991 die VR China und war damit der erste hochrangige Politiker, der seit dem Massaker vom Juni 1989 wieder nach Beijing kam. Es war sein dritter Besuch seit seinem Amtsantritt als Außenminister - und ganz gewiß auch sein schwierigster, da sich in der Zwischenzeit zahlreiche Probleme zwischen beiden Seiten aufgetürmt haben.

Bis zu den Tiananmen-Ereignissen vom Juni 1989 waren die sino-amerikanischen Beziehungen freundlich gewesen. Seit diesem Zeitpunkt jedoch hatte es fast einen kontinuierlichen Abstieg gegeben. Auch Ende 1991 kann von einer wirklichen Normalisierung im beiderseitigen Verhältnis noch lange nicht die Rede sein. Vor allem

übt die amerikanische Öffentlichkeit nach wie vor Druck auf die Regierung aus, in der Menschenrechtsfrage am Ball zu bleiben und keine Zugeständnisse zu machen.

Schon kurz nach dem Tiananmen-Massaker hatte der Präsident mit Billigung des Kongresses eine Reihe von Sanktionen gegen China verhängt, nämlich (1) Einstellung aller Waffenexporte nach China, (2) Einstellung der Lieferung von Ausrüstungen zur Verbrechensbekämpfung, (3) Einstellung von Gütern, die durch chinesische Satelliten in den Weltraum geschossen werden sollen, (4) Begrenzung der Zusammenarbeit im Nuklearbereich, (5) Einstellung aller Liberalisierungsmaßnahmen für "sensitive exports" nach China und (6) Einstellung aller Finanzierungen für Joint Ventures in China durch die "Overseas Private Investment Corp."¹

Darüber hinaus waren immer neue Forderungen an China ergangen, politische Gefangene freizugeben und alle Repressionen im Zusammenhang mit den Mai/Juni-Ereignissen von 1989 einzustellen. An einigen Stellen hatten diese Bemühungen Erfolg, so z.B. bei der Ausreiseerlaubnis für den Astrophysiker Fang Lizhi, der nach der Niederschlagung der Studentenaufstände in die US-Botschaft in Beijing geflohen war.

Präsident Bush, der Mitte der 70er Jahre Vorsitzender des US-"Verbindungsbüros" (Liaison Office) in Beijing gewesen war und dem ein gutes Verhältnis zu den Chinesen nachgesagt wird, versuchte immer wieder die Sanktionen zu lockern. Bereits im Dezember 1989 beispielsweise gab er den Verkauf von drei Nachrichtensatelliten, die mit chinesischen Raketen in den Weltraum transportiert werden sollten, frei. Der US-Kongreß legte sich jedoch, wo immer möglich, quer und wurde zur eigentlichen Spitze einer ausgesprochen chinakritischen Politik. Der Kongreß war es auch, der die Gespräche von Präsident Bushs Sicherheitsberater Scowcroft Anfang Dezember 1989 scharf kritisierte und dem Präsidenten mangelhaftes politisches Fingerspitzengefühl vorwarf. Auch die *New York Times* fragte in einem Leitartikel am 11. Dezember 1989, "weshalb hochrangige amerikanische Vertreter nur sechs Monate nach dem blutigen Massaker auf dem Tianan-

men-Platz die Füße des Beijinger Regimes küssen und auf einem Bankett erklären, sie kämen als Freunde, um einen wichtigen Dialog wiederherzustellen". Unverständlich sei auch die Geheimnistuerei, mit der diese Visite inszeniert worden sei. Auch das *Wallstreet Journal* wandte sich gegen die Scowcroft-Mission. Ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, in dem die Welt für dieses Jahrhundert beispielloses Aufblühen demokratischer Bewegungen in Osteuropa erlebe, biete Präsident Bush den "schlimmsten antidemokratischen Schurken dieses Jahrhunderts politische Vergebung an". Zwar wurde in dem Artikel eingeräumt, daß die seinerzeit von Nixon und Kissinger inszenierte Öffnung zu China ein "Triumph der Realpolitik" gewesen sei. Was man jetzt zu tadeln habe, sei die Wahl des falschen Zeitpunkts; denn die chinesische Führung habe bisher nicht das Geringste unternommen, um den amerikanischen Forderungen in Sachen Menschenrechten entgegenzukommen. Die *IHT*² sprach von einem "Kotau Bushs".

Die chinesische Propaganda hielt dagegen; es konnte ihr nur recht sein, daß gerade zu dieser Zeit (20.12.1989) die US-Invasion nach Panama erfolgte. Beijing hatte nun allen Anlaß, seinerseits bei den Amerikanern die Einhaltung der "Menschenrechte" einzufordern.

Fast zur gleichen Zeit wurde der "Voice of America" die Wiedereröffnung eines Büros gestattet und auch die Bewachung der US-Botschaft gelockert. Die Beijinger Führung war offensichtlich davon überzeugt, daß sie nun ein Unrecht gegen das andere aufrechnen könne und wieder quitt sei.

Gleichwohl halten die Spannungen an. Gründe dafür gibt es, wie unten auszuführen, in Hülle und Fülle.

Der Besuch stand im Zeichen zahlreicher Ärgernisse: Nach amerikanischer Meinung sitzen immer noch rd. 800 politische Gefangene hinter Schloß und Riegel; die Bush-Administration wird von allen Seiten mit Vorwürfen überhäuft, daß sie dagegen zu wenig unternehme.

Am liebsten würde die US-Administration angesichts dieses ständigen Drucks gar nicht mit China offiziell in Verbindung kommen, doch ist China eines der Fünf Ständigen Mitglieder im UNO-Sicherheitsrat und besitzt nicht

unerhebliches internationales Gewicht, wie erst im Zusammenhang mit der Golfkrise wieder deutlich geworden ist. Darüber hinaus ist China zumindest in Asien längst wieder zu einer Großmacht geworden.

Außerdem erfolgte der Besuch Bakers im Kontext eines immer breiter werdenden Besucherstroms aus dem Westen nach China - man denke an die Visiten des japanischen Premierministers Kaifu, des französischen Außenministers Dumas, des italienischen Ministerpräsidenten Andreotti und nicht zuletzt auch des deutschen Wirtschaftsministers Möllemann.

Nur zwei Tage vor dem Besuch Bakers war überdies der frühere Außenminister Alexander Haig zu einem Besuch in die Volksrepublik gekommen und dort von einer Reihe von Spitzenführern empfangen worden, u.a. von Jiang Zemin.³

2 Ein Bündel von Streitfragen

2.1 Die Menschenrechtsfrage

Angesichts der Empfindlichkeiten in der amerikanischen Öffentlichkeit ist die Menschenrechtsfrage zum offiziellen Hauptproblem in den sino-amerikanischen Beziehungen geworden.

China pflegt sich gegen die amerikanischen Ausführungen zu dieser Frage vor allem mit drei Argumenten zur Wehr zu setzen: Erstens finde hier eine "Einmischung in innere Angelegenheiten" statt, die "nicht hingenommen werden" könne.⁴ Zweitens diene die Behauptung der Verletzung von Menschenrechten lediglich dazu, Angriffe gegen die KPCh und gegen den Marxismus-Leninismus zu verschleiern.⁵ Drittens aber verstehe man eben im Westen unter "Menschenrechten" etwas anderes als in China: Was nütze schon ein theoretisches Rechtsverständnis, wenn es sozial nicht unterfüttert sei. Auch ein Recht auf Arbeit gehöre deshalb zu den "Menschenrechten". Verstoße es ferner nicht gegen Menschenrechte, wenn die Amerikaner beispielsweise "frech nach Panama" einmarschierten und sich dort die Ausübung von Souveränitätsrechten anmaßen!⁶ Amerikanische Medien gingen sogar so weit, die chinesischen Versuche, eine weitere Bevölkerungsexplosion zu verhindern, als Verstoß

gegen die Menschenrechte hinzustellen! "Sind die USA etwa der Vormund für die Chinesen?"⁷

Immer wieder weist die KP-Führung auch darauf hin, daß mehr als 1,1 Milliarden Menschen in China jetzt genügend zu essen und genügend Kleidung haben; dies sei eine Errungenschaft, die im alten China undenkbar gewesen wäre und die doch besser als alle Worte beweise, wie sehr der chinesischen Führung die "Menschenrechte" am Herzen lägen!

Wenn China auf die Frage der "Menschenrechte" zu sprechen kommt, so deutet es auf die Länder, die des "Rassismus, Kolonialismus" sowie des mangelhaften Schutzes schwacher Bevölkerungsgruppen verdächtigt werden, seien es nun Frauen, Kinder, Behinderte, Flüchtlinge, Drogenopfer u.dgl. Auf diesem Gebiet habe China Vorbildliches geleistet, während sich so manches westliche Land hier an die Brust klopfen müsse. Weitere Einzelheiten zu dieser Argumentation in der Übersicht "Neue Weltordnung" (im vorliegenden Heft).

Anfang September 1991 war es in Beijing gerade wegen der Menschenrechtsfrage zu Zusammenstößen zwischen chinesischer Polizei und amerikanischen Abgeordneten sowie Journalisten gekommen.

Die erste "U.S. Congressional Human Rights Delegation", die Anfang September 1991 nach Beijing kam, hatte auf Befreiung politischer Gefangener gedrängt und u.a. am 4. September einen Kranz auf dem Tiananmen-Platz niedergelegt. Die Schleife auf dem Kranz enthielt die Aufschrift "To those who died for democracy in China", und zwar sowohl in Englisch als auch in Chinesisch. Der Kranz wurde zu Füßen des massiven "Monuments der Volkshelden" auf dem Zentrum des Platzes niedergelegt.

Kaum hatten sie den Kranz niedergelegt, war auch schon die Polizei da, entfernte den Kranz und wies die Abgeordneten vom Platz. Da die Abgeordneten auch von drei Fernsehteams (ABC, CBS und CNN) begleitet waren, umstellte die Polizei auch die Journalisten und forderte sie auf, die Filme herauszugeben. Sieben der Mitglieder wurden rund eine halbe Stunde lang auf dem Tiananmen-Platz festgehalten und dann der nahegelegenen Polizeistation übergeben. Nach einer

Stunde wurden sie wieder entlassen und erhielten auch die konfiszierten Filme wieder zurück. Polizisten erzählten den Journalisten, daß es gegen die Gesundheitsregelungen verstoße, Blumen auf dem Platz niederzulegen, und daß außerdem eine neue Verordnung vorsehe, daß Filmaufnahmen auf dem Platz vorher genehmigt werden müßten.⁸

Der Vorfall trug nicht gerade dazu bei, die Sympathien des Kongresses gegenüber der VR China zu erhöhen. Man kann davon ausgehen, daß der Kongreß weiterhin versuchen wird, der VRCh die Meistbegünstigung zu versagen.

Daneben gab es aber auch noch weitere Probleme:

2.2

Chinesische Raketen- und Nuklearwaffenexporte?

Washington verurteilt beispielsweise die Lieferung chinesischer Mittelstreckenraketen vom Typ M-9 und M-11 an Pakistan und Syrien sowie die Überlassung von Know-how und Material zur Herstellung von Nukleareinrichtungen (Nuklearwaffen?) an den Iran. Die Amerikaner behaupten, sie seien im Besitz entsprechender Beweise, obwohl die chinesische Seite Lieferungen der behaupteten Art immer in Abrede stellt.⁹

Im Mai 1991 faßte die US-Regierung den Beschluß, die Exportlizenz der US-Satellitenteile für den chinesischen Nachrichtensatelliten Dongfanghong 3 ("Im Osten rot 3") zurückzuziehen, wobei die oben erwähnten chinesischen Raketenlieferungen an Syrien und andere Länder als Begründung dienten. Die chinesische Seite protestierte gegen diese Maßnahme und wies darauf hin, daß der DFH-3 ein nichtmilitärischer Satellit sei, der ausschließlich dem Bildungs- und Sozialwesen diene.¹⁰

2.3

Fünf Probleme im Bereich der Außenwirtschaftsbeziehungen

Was Handelsfragen anbelangt, so waren die Amerikaner in der Vergangenheit aus globalstrategischen Gründen immer nachsichtig mit China. Das Ende des Kalten Kriegs in Europa und die Demokratisierung in Osteuropa sowie in der Sowjetunion, die den Supermacht-Auseinandersetzungen ein Ende bereiteten, haben China in ein neues Licht gesetzt. China erscheint

jetzt nicht mehr in erster Linie als Partner gegen die Sowjetunion, sondern als ein Staat, der den globalen Demokratisierungstendenzen Widerstand leistet, weiterhin an seinem Sozialismusmodell festhält und, wie man meint, die Menschenrechte mit Füßen tritt. Auch die Bewertung des bilateralen Handels ist deshalb strenger geworden: Washington vertritt inzwischen die Auffassung, daß Beijing nur die wirtschaftlichen Rosinen aus den Handelsbeziehungen picken will.

2.3.1

Die Meistbegünstigung

Vor allem der Kongreß versucht immer wieder, Menschenrechtsfragen und die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel für Beijing miteinander zu verquicken,¹¹ während die Chinesen gegen eine solche Verbindung scharf protestieren.

China seinerseits wies darauf hin, daß eine Aufhebung des Meistbegünstigungsstatus "einen schweren Rückschlag in den beiderseitigen Beziehungen" bedeuten würde.

Bush setzte sich trotz unterschiedlicher Auffassungen in der Menschenrechtsfrage für die Beibehaltung der Meistbegünstigungsklausel zugunsten Chinas ein. Nach einer Konferenz mit amerikanischen Senatoren Mitte Mai 1991 erklärte der Präsident, China dürfe international nicht isoliert werden.¹²

Am 28. Mai 1991 gab Präsident Bush bekannt, daß er dem Kongreß die Verlängerung der Meistbegünstigung des Chinahandels empfehle.

2.3.2

Ungerechtfertigte Exportüberschüsse Chinas?

Weitere Streitpunkte sind inzwischen der dauernde Überschuß der chinesischen Bilanz im Handel mit den USA, ferner die Copyright- und Patent-Frage, die im bilateralen Verhältnis einer Lösung bedarf, da amerikanische Firmen das Gefühl haben, die Chinesen beuteten ihr geistiges Eigentum aus. Drittens werfen die Amerikaner den Chinesen verbotene Handelspraktiken vor und viertens wurde in der amerikanischen Öffentlichkeit die Frage aufgeworfen, ob nicht Waren in die USA exportiert worden seien, die angeblich von politischen Häftlingen in Gefängnissen hergestellt wurden.

Dazu im einzelnen:

1990 belief sich das US-Defizit gegenüber Beijing auf 10,4 Mrd. US\$. Größer war der Passivsaldo Washingtons nur im Handel mit Japan. Bis Ende 1991 wird mit einem erneuten 13-Mrd. US\$-Defizit der Amerikaner gerechnet. Dabei spielen chinesische Textilien wiederum eine besonders große Rolle, zumal die VR China bei Textilien und Bekleidung mittlerweile zum größten Lieferanten auf dem US-Markt geworden ist: Sie hält bei diesen Produkten einen Anteil von rd. 25% an den US-Gesamteinfuhren.

So intensiv ist die Ausfuhr, daß Chinas Wirtschaft in den vergangenen Jahren immer mehr vom US-Markt abhängig geworden ist, der inzwischen rd. ein Drittel der chinesischen Exporte aufnimmt. Während die Amerikaner behaupten, in ihren Außenwirtschaftsbeziehungen mit der VR China in rote Zahlen gekommen zu sein, präsentieren umgekehrt die chinesischen Statistiker Bilanzen, die rote Zahlen zuungunsten Beijings ausweisen. Der Unterschied ergibt sich aus dem Handel via Hongkong. Beijing und Washington interpretieren den Hongkong-Handel total verschieden: Während die Chinesen die Handelsströme aus der Volksrepublik und aus Hongkong fein säuberlich voneinander trennen, betrachten die Amerikaner sämtliche Exporte, ob aus der Volksrepublik oder aus Hongkong, als "chinesische" Ausfuhren. Auch dieser Dissens bedarf einer Klärung.

Mitte November 1991 haben die Amerikaner gegen verschiedene chinesische Importprodukte Strafzölle verhängt, und zwar, wie es hieß, als Antwort auf entsprechende Maßnahmen der chinesischen Seite gegen amerikanische Produkte.¹³

2.3.3

Copyright- und Patent-Verletzungen?

Ferner haben die Amerikaner Strafzölle wegen angeblich häufiger Verletzung amerikanischer Copyrights durch die chinesische Seite verhängt.¹⁴

Gleichzeitig wurde die VR China auf die "Special 301 Provision"-Liste gesetzt. Darunter fallen alle diejenigen Länder, die auf "U.S. Intellectual Property" nicht genügend Rücksicht nehmen und sich daran vielmehr bereichern. Die USA hatten China Mitte April auf diese Liste gesetzt, woraufhin das chinesische Außenwirtschaftsministerium (Mofert) protestierte.¹⁵

2.3.4

Umgehung der Importquoten durch China?

Ende August hatten US-Zollbehörden in einer spektakulären Aktion damit begonnen, nach chinesischen Textilien zu fahnden, die - so der Vorwurf - unter betrügerischen Manipulationen ins Land geschleust worden seien. Durchsuchungen wurden bei 21 New Yorker Importfirmen und 2 Einfuhrbetrieben in Los Angeles durchgeführt. Dabei sollen Textilien aus der VR China und Geld im Wert von mehreren Millionen US\$ zutage gefördert worden sein. Der Grund für die Razzia bestand darin, daß die VR China verdächtigt wurde, systematisch US-Importquoten zu umgehen, indem Ware falsch ausgezeichnet und über Staaten wie Honduras, Panama, Macau, Hongkong und Libanon in die USA verschifft würden. Ferner wurde den Chinesen vorgeworfen, sich mit falschen Warenbeschreibungen niedrigere Zölle zu erschleichen.

Schon 1990 hatten US-Zollbehörden illegale Importe von China-Textilien in einem Wert von 2 Mrd. US\$ aufgedeckt. Daraufhin hatte Präsident Bush persönlich angeordnet, schärfer gegen gesetzeswidrige Textileinfuhrversuche vorzugehen.

Am 6. September 1991 protestierte die chinesische Botschaft beim US-Außenministerium gegen diese Durchsuchungen. Die Beamten der Zollverwaltung hätten die 23 chinesische Firmen durchsucht, ohne vorher (sic!) die chinesische Botschaft oder die Konsulate informiert zu haben. Auch nach dem Vorfalle seien die diplomatischen Vertretungen nicht in Kenntnis gesetzt worden. Während der Aktion sei die Bewegungsfreiheit des chinesischen Personals beschränkt und seien Akten sowie private Briefschaften beschlagnahmt worden. Einige Firmen seien am Geschäftsbetrieb gehindert worden.

Diese Vorgehensweise verletze das chinesisch-amerikanische Konsularabkommen und internationale Normen.

2.3.5

Häftlingsprodukte?

Gegen den Vorwurf schließlich, daß die VR China Produkte exportiere, die von politischen Gefangenen hergestellt wurden, wandte das chinesische Außenwirtschaftsministerium (Mofert) ein, daß zum einen die "Anstalten zur

Erziehung durch Arbeit" nicht mit Gefängnissen verwechselt werden dürften, zum anderen aber gelangten Güter, die in diesen Anstalten hergestellt würden, schon kaum auf den Binnenmarkt, geschweige denn ins Ausland. Wenn zufällig doch einmal der eine oder andere Artikel in die USA verkauft worden sein sollte, so war dies keineswegs Regierungspolitik.¹⁶

2.4

Dissens in der Taiwanfrage

2.4.1

Zuviel US-Verständnis für Taiwans "flexible Diplomatie"

Die Chinesen werfen der US-Politik im übrigen auch vor, immer stärker die "geschmeidige Politik" (tanxing waijiao) der "Taiwaner Behörden" zu unterstützen, die immer mehr hochrangige Politiker zu sog. "Privatbesuchen" in andere Länder schickten, um die bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen China und diesen Ländern zu untergraben. Das Ziel dieser "geschmeidigen Politik" sei es, Taiwan zu einer selbständigen politischen Einheit werden zu lassen und auf diese Weise "zwei Chinas" oder aber "ein China, ein Taiwan" entstehen zu lassen. In Worten bestätigte Washington zwar die "Ein-China-Politik", seine Taten gingen jedoch häufig in eine ganz andere Richtung.

2.4.2

Die GATT-Frage

Einen Dissens gibt es auch um die Mitgliedschaft Chinas und Taiwans im GATT. 1988 stellt Taipei beim GATT einen Antrag auf Mitgliedschaft. Dabei übersprang es seinen eigenen Schatten so weit, daß es nicht als "Republik China", sondern als "Zollgebiet Taiwan, Pescadores, Jinmen und Mazu" auftrat.

Gleichwohl erhob die VRCh Einwände gegen das Begehren Taipeis.

Andererseits erklärte Präsident Bush am 20. Juli 1991, daß die USA den Antrag Taiwans unterstützten. Vom rein wirtschaftlichen Gesichtspunkt her wäre Taiwan - als Handelsnation Nr. 15 - in der Tat ein höchst geeigneter Anwärter für das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen, zumal es ja auch als eines der Protagonisten der Marktwirtschaft und des Freihandels auftritt. Das Hindernis, das ihm entgegengestellt wird, ist aber, wie gesagt, politischer Art.

Auch die VRCh hat einen Antrag auf Aufnahme in das GATT gestellt - und stieß hierbei lange Zeit auf den Einspruch der USA, die davon ausgingen, daß die VRCh ein Anrecht auf Mitgliedschaft erst dann erwerben könne, wenn es die Durchführung umfangreicher Wirtschaftsreformen nicht nur in Worten, sondern auch in Taten praktiziere. Vor allem nach den Juniereignissen von 1989 schien dies besonders zweifelhaft zu sein.

Gemäß Art. 33 kann ein Land Mitglied des GATT werden, wenn zwei Drittel der (mittlerweile insgesamt 106) Mitglieder zustimmen. Taipei hat inzwischen das Einverständnis der USA, der EG-Staaten, der ASEAN-Länder und einer Reihe weiterer Industrieländer. Unter den 60 Mitgliedern aus Entwicklungsländern dagegen genießt die VRCh nach wie vor mehr Anerkennung als Taiwan, weshalb nicht nur von seiten der industrialisierten Länder, sondern auch von seiten Taiwans noch einiges getan werden muß, damit das Zwei-Drittel-Forum auch wirklich zustande kommt.

Die Regierung in Taipei geht - hierin von Washington unterstützt - davon aus, daß die beiden Anträge der VRCh und Taiwans auf Mitgliedschaft im GATT zwei völlig unterschiedliche Angelegenheiten seien und daß der Antrag Taiwans die Regierung in Beijing nichts angehe. Was die VRCh-Regierung mit ihrer dauernden Intervention betreibe, sei schlichter "Dogmatismus".¹⁷

Bei der APEC-Konferenz in Seoul pochte Außenminister Qian Qichen am 14. November 1991 darauf, daß die VRCh als die "einzig legitime Regierung" Chinas als erste dem GATT beitreten müsse.¹⁸

2.5

US-Asyl für den früheren chinesischen Vertreter in Hongkong?

Mitte Mai 1990 setzte sich der höchste chinesische Vertreter in Hongkong, Xu Jiatur, unter offenbar starkem politischen Druck in die USA ab: Der 75jährige Xu war mit einem Touristenvisum über Hongkong in die USA gereist. Xu war 1983 zum Leiter der amtlichen chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua in Hongkong ernannt worden, die die Stellung einer Quasibotschaft in der britischen Kolonie hat. Im Februar 1990 war er nach Beijing zurückbeordert worden, weil er für die

im Juni 1989 niedergeschlagene Demokratiebewegung offensichtlich allzuviel Sympathie gezeigt hatte. Im Mai 1989, also noch auf dem Höhepunkt der Studentenbewegung, hatte Xu in Hongkong eine Gruppe von hungerstreikenden Studenten vor dem Xinhua-Gebäude gebeten, ihre Aktionen zu beenden. Dieser Auftritt, der von den Medien breit dargestellt worden war, hatte große Ähnlichkeit mit der Begegnung des früheren Parteichefs Zhao Ziyang mit Demonstranten auf dem Beijinger Tiananmen-Platz. Zhao war nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung seiner Spitzenämter enthoben und unter Hausarrest gestellt worden.

Xu wollte einem vergleichbaren Schicksal offensichtlich entgehen und floh deshalb in die USA, wo er Asyl erhielt - ein weiteres Ärgernis!

2.6

Empfang des Dalai Lama durch Bush
Am 17. April hatte US-Präsident Bush den Dalai Lama empfangen. Am 18. April protestierte daraufhin das Beijinger Außenministerium gegenüber dem amerikanischen Botschafter in Beijing und wies darauf hin, daß hier eine "grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas" vorliege: Bush beschaffe dem Dalai Lama Unterstützung bei seinem Anspruch auf ein "unabhängiges Tibet" und untergrabe damit die nationale Einheit der Volksrepublik.

2.7

Chinesische Schwierigkeiten im Umgang mit der amerikanischen Denkart

2.7.1

"Idealismus" - "Realismus"

Nach chinesischer Meinung ist mit den USA nicht immer leicht auszukommen, da ihre Politik allzusehr auf "idealistischen" Vorstellungen beruhe. In der Politik Washingtons lasse sich langfristig ein steter Wechsel zwischen "Idealismus" und "Realismus" erkennen. "Idealistisch" sei die Politik immer dann gewesen, wenn die Amerikaner wieder einmal in einem für sie so typischen Schwarzweißmuster zu denken begannen und zwischen Gut und Böse, Demokratie und Diktatur sowie zwischen Verteidigung und Verletzung von Menschenrechten unterschieden. Eine solche "idealistische" Haltung habe sich z.B. im Gefolge des Koreakriegs herausgeschält, aber auch im Zeichen des Antikommunismus der

Nachkriegszeit, in dessen Verlauf China zum "Satelliten der Sowjetunion" rubriziert und zum natürlichen Feind der USA erklärt wurde.

Während der Amtszeit der Präsidenten Nixon und Carter sei dann eine Wendung zum "Realismus" gefolgt: China galt nun nicht mehr als Anhängsel der Sowjetunion, sondern als eine eigenständige Macht, mit der zusammenzuarbeiten für die USA durchaus vorteilhaft sein konnte, auch wenn in China ein anderes Gesellschaftssystem herrschte als in den USA. Hatten die "Idealisten" verlangt, daß China sich dem Wertesystem der USA anpasse, so seien Nixon und Kissinger sowie Carter davon ausgegangen, daß China nicht nach seiner Ideologie, sondern nach seinen Handlungen zu beurteilen sei. Auf dieser neuen Beurteilungsgrundlage habe es dann 1972 in der Tat zur amerikanisch-chinesischen Annäherung kommen können.

Mit Reagan habe es dann jedoch wieder einen Rückschlag gegeben. Erneut sei der Kampf "gegen die Roten" aufgenommen worden und gleichzeitig die "alten Kameraden" in Taiwan erneut unterstützt worden. Außerdem sei die Welt in "Rote, Weiße und Blaue" (Kommunisten, Blockfreie und NATO-Verbündete) eingeteilt worden. Erst in den späteren Jahren der Reagan-Regierung habe sich dann langsam wieder "Realismus" eingestellt, d.h., China wurde erneut als selbständiger Bestandteil eines multipolaren internationalen Systems begriffen. Mitte der 80er Jahre sortierten amerikanische Experten und Diplomaten daraufhin das Verhältnis zwischen den USA, der Sowjetunion und China unter den Gesichtspunkten eines "strategischen Dreiecks".¹⁹

Die Amerikaner sollten sich an den Ausspruch des früheren Planungsdirektors im State Department, George Kennan, erinnern, daß Washington nur nationale Interessen zu verfolgen habe, jedoch keinen Anspruch auf moralische Überlegenheit gegenüber anderen Nationen besitze. Die USA sollten also geopolitischen Konzepten und Gesichtspunkten des Machtgleichgewichts folgen - also eine "realistische" Position beziehen und nicht in Ideologie und Moralismus zurückverfallen!

2.7.2

Bushs "Neue Weltordnung"

Mißtrauisch ist China auch gegenüber Bushs Plänen zum Aufbau einer "Neuen Weltordnung", die vor allem aus

fünf Elementen bestehe: (1) "Friede, Sicherheit, Freiheit und Herrschaft des Rechts in der Welt"; (2) die USA seien die führende Kraft in der heutigen Welt; (3) Aufnahme von partnerschaftlichen Beziehungen zu den Verbündeten bei gerechter Teilung der Verantwortung und Pflichten zwischen allen Seiten; Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zur Abschreckung der Aggression; (4) Entfaltung der Rolle der UNO; (5) führende Rolle der Wertvorstellungen der USA.

Washington versucht hier, aus der Sicht Beijings, seine Führung als einzige Weltmacht aufrechtzuerhalten. Doch lasse sich dieses Bestreben aus mehreren Gründen nicht verwirklichen.

- Da sei erstens eine Kluft zwischen dem Führungsanspruch der USA und ihrer tatsächlichen Stärke. In den 40er, 50er und 60er Jahren hatten die USA noch die nötige Überlegenheit; doch schon beim Golfkrieg gegen das Entwicklungsland Irak hätten sie finanzieller Unterstützung von allen Seiten bedurft.

- Zweitens seien die Verbündeten mit dem Führungsmonopol der USA keineswegs einverstanden. Die japanische Regierung beispielsweise wünsche eine "dreipolige Welt" mit den USA, Japan und Europa als Kernkräften; die EG wolle eine unabhängige Rolle Europas.

- Drittens beruhe das Bündnis mit der UdSSR, die ja spätestens seit dem 8. Dezember 1991 der Vergangenheit angehört, auf einer unsicheren Basis.

- Viertens aber sei es ganz unmöglich, daß sich die amerikanischen Wertvorstellungen in jedem Land durchsetzen. Überall gebe es verschiedene Gesellschaftssysteme, Ideologien und Entwicklungsmodelle, deren Verwirklichung durchwegs zu den innerstaatlichen Angelegenheiten des jeweiligen Landes gehöre. Einmischung sei hier nicht erlaubt - vor allem auch nicht im Namen der "Menschenrechte".²⁰

Zur chinesischen Auffassung über eine Neue Weltordnung vgl. die einschlägige Übersicht im vorliegenden Heft.

2.7.3

"Proamerikanismus" in China und seine Tücken: Xenophobische Reaktionen der chinesischen Führung

In der KPCh selbst gibt es eine "proamerikanische Fraktion", die vor allem von den Falken - und hier wiederum

hauptsächlich von den führenden Ideologen innerhalb des Apparats - angegriffen wird, vor allem von Hu Qiaomu, Deng Liqun, Gao Di, Wang Renzhi, Xu Weicheng, Zhu Muzhi, He Jingzhi, Liu Zepeng und Yuan Mu. Wortführer einer der z.Zt. typischen Attacken war beispielsweise Hu Qiaomu anlässlich einer Tagung der "Zentralen Beraterkommission" in Beijing. Er begann seine Ausführungen zunächst einmal damit, daß er all denjenigen die Qualität eines echten Marxisten abstreift, die zwar für die Diktatur des Proletariats, nicht aber für den Klassenkampf einträten. Dies gelte u.a. für die "proamerikanischen Entscheidungsträger innerhalb der Partei", die von einem internationalen Klassenkampf nichts wissen wollten. Es gebe in Partei und Gesellschaft einen proamerikanischen, ja einen "Amerika anbetenden" Trend. Vertreter der proamerikanischen Linie innerhalb der Partei betonten auch immer wieder, daß es "zwischen China und den USA keine grundlegenden Interessenkonflikte" gebe. Angesichts der tatsächlichen gegenwärtigen Konfrontation zwischen beiden Systemen sei eine solche Aussage geradezu hanebüchen.²¹

Die "Strategie der friedlichen Evolution" ist nach Auffassung der *Volkszeitung*²² eine "besondere Form des internationalen Klassenkampfes und eine Manifestation des Klassenkampfes in der chinesischen Gesellschaft selbst". Vor allem Personen wie Fang Lizhi, Wang Dan und Liu Xiaobo seien "Jäger gegenüber den antikommunistischen US-Protagonisten".

Immer wieder auch müssen sich die Amerikaner Vorwürfe anhören, daß sie mit ihrer Strategie der "friedlichen Evolution" versuchten, die KPCh und die chinesische Regierung zu stürzen. Sogar das amerikanische Angebot, 60.000 chinesische Studenten zum Studium in den USA zuzulassen, wurde in diesem Sinne gedeutet.²³

3 Ergebnisse der Gespräche

Menschenrechtsverletzungen, Handelspraktiken und Waffenverkäufe: Dies waren die Hauptvorwürfe, die Baker mit nach China brachte. Kein Wunder, daß die Gespräche unter keinem besonders guten Stern standen.

3.1 Keine Fortschritte in der Frage der Menschenrechte

Hauptdiskussionspunkt auf der Themenliste Bakers war die Menschenrechtsfrage, die im Bewußtsein der amerikanischen Öffentlichkeit einen hohen Stellenwert einnimmt und die

deshalb auch der Bush-Administration immer wieder Schwierigkeiten macht: Wo immer sie mit der chinesischen Seite ins Gespräch kommen möchte, wird sie von allen Seiten sogleich auf die Menschenrechtsfrage hingewiesen. Kein Wunder, daß auch Baker diesen Punkt immer und immer wieder betonte. Keines seiner Gespräche, ob mit Yang Shangkun, Jiang Zemin, Li Peng oder mit seinem Amtskollegen Qian Qichen, bei dem er nicht erwähnt hätte, daß die Menschenrechtsfrage der "Eckstein" in den sino-amerikanischen Beziehungen sei.

Doch gab es in diesem Punkt keinen Fortschritt. Die chinesischen Gesprächspartner machten dem amerikanischen Besucher immer wieder klar, daß man in China eben von einem anderen Menschenrechtsbegriff ausgehe als in den USA. Eine Liste mit den Namen von 800 politischen Gefangenen, die Baker überreichte, veranlaßte die chinesischen Gastgeber zu keinerlei Freilassungen. Im Gegenteil wurde schon gleich am zweiten Tag des Besuchs die früher bekannteste chinesische Journalistin Dai Qing, die unmittelbar nach den Ereignissen vom 4. Juni 1989 eingekerkert und erst nach längerer Zeit wieder freigegeben worden war, erneut verhaftet, nachdem sie Kontakt mit der amerikanischen Botschaft wegen eines Journalismusstipendiums aufgenommen hatte, das ihr von der Harvard University gerade in Aussicht gestellt worden war. Für Baker war diese erneute Verhaftung sehr bedrückend ("distressing"), so daß die Gespräche noch kühler wurden. Vor allem die veröffentlichten Filme und Bilder machten dies deutlich: Während Ministerpräsident Li Peng etwas gequält lächelte, stand Baker mit ausdruckslosem Gesicht neben ihm und startete einen Stuhl an. Während Parteichef Jiang Zemin über Sozialismus und über "Freunde von außen" sprach, blickte Baker düster auf seine Hände und nestelte an den Manschetten.

Immer wieder hatte er seine Gesprächspartner darauf hingewiesen, daß im Falle eines Mißerfolgs seiner Menschenrechtsgespräche der US-Kongreß weiter an seiner restriktiven China-Politik festhalten werde. Doch all dies nützte wenig.

3.2 Erfolgreiche Ansätze

Ein paar Erfolge gab es trotzdem.

3.2.1 Beitritt Chinas zum MTCR

Die Chinesen erklärten nämlich, daß sie das MTCR (Missile Technology Control Regime) unterschreiben woll-

ten, d.h. einen Satz von Richtlinien, der den Export von Raketentechnologie verhindern soll. Wie Baker betonte, verzichtet China damit auch auf den weiteren Export von Mittelstreckenraketen der Typen M-9 und M-11, wie sie China bisher in den Nahen Osten und nach Pakistan geliefert hat. Allerdings machen die Chinesen die Unterzeichnung des MTCR-Vertrags davon abhängig, daß die USA all jene Beschränkungen aufheben, die Washington wegen der chinesischen Raketenlieferungen verhängt hat, u.a. auch den Export von Hochleistungscomputern in die VR China.

Schon seit einiger Zeit hatten sich die USA darüber besorgt gezeigt, daß sich die chinesische Politik wegen der Raketen- und Nuklearlieferungen destabilisierend auf die Spannungsgebiete der Welt auswirken könnte. Nur wenige Tage vor dem Besuch des amerikanischen Außenministers in China hatte Präsident Bush in einer Rede vor der Asiatischen Gesellschaft in New York die Regierung in Beijing kritisiert. China sei, ebenso wie Nordkorea und Birma, eine "Quelle der Instabilität" in Asien (gleichzeitig bezeichnete er interessanterweise die Entwicklungen in Indochina als ermutigend und drückte vor allem den Wunsch nach einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und den Ländern Indochinas aus). Die Vereinigten Staaten könnten es sich nicht leisten, die "wichtigen Quellen der Instabilität", wie sie in Nordkorea, Birma und China vorhanden seien, einfach zu ignorieren. Diese Länder setzten sich der "weltweiten Bewegung in Richtung auf politischen Pluralismus entgegen und beteiligten sich an der Verbreitung gefährlicher Waffen", behauptete Bush in Anspielung auf den Export von Atomprogrammen durch China in verschiedene Länder der Dritten Welt.²⁴

3.2.2

Übereinstimmung in einer Reihe internationaler Fragen

Einig waren sich beide Seiten auch im Hinblick auf die Lösung mehrerer internationaler Fragen, so z.B. der Golfkrise, der Kambodscha-Frage, der Rüstungskontrolle im Nahen Osten und der Entwicklung des wirtschaftlichen Austausches im asiatisch-pazifischen Raum. Auch in Fragen der Förderung von Frieden und Stabilität auf der koreanischen Halbinsel kommen sich beide Seiten langsam näher.

3.2.3

Zum Patentrecht

Beide Seiten diskutierten auch die Frage des Schutzes des geistigen Eigentums. Die chinesische Seite wandte sich erneut gegen die Aktivitäten der

"Special 301 Investigation", die Copyright-Verletzungen durch chinesische Firmen nachgehen sollte.

Beide Seiten waren sich auch darin einig, daß das chinesische Ministerium für Außenwirtschaft und -handel eine Delegation zu Verhandlungen am 21./22. November nach Washington entsenden solle, um das Copyright-Problem weiter zu untersuchen.

3.2.4

Flugfrequenzen

Ein weiteres Ergebnis war ein Übereinkommen über die Erhöhung der Flugfrequenzen zwischen beiden Ländern.

3.2.5

Hauptergebnis: Die Spitzenorgane sind miteinander wieder im Gespräch
Generell bestand der Erfolg des Baker-Besuchs darin, daß die Strategie der Gesprächsvermeidung auf höchster Ebene in der Zwischenzeit der Vergangenheit anzugehören scheint. Dies hätte zur Folge, daß auch andere westliche Staaten wieder in höchster Besetzung mit China ins Gespräch kommen könnten. "Im Gespräch bleiben" ist also die neue Devise²⁵

Schon vor Antritt seiner Reise hatte Baker betont, daß die USA "ernsthafte Probleme mit China" hätten und daß sich diese Probleme nicht beilegen ließen, wenn darüber nicht gesprochen würde. Man vergesse nicht, daß in China ein Viertel der Weltbevölkerung lebe, daß das Land Atomwaffen besitze und starken Einfluß auf die asiatische Region ausübe. Man könne auf die Dauer um diesen Staat keinen Bogen machen. China zu isolieren laufe am Ende auf eine Selbstisolierung hinaus.

Anmerkungen

- 1) AWSJ, 18.12.89.
- 2) 1.12.89.
- 3) XNA, 13.11.91.
- 4) So z.B. Guangming ribao, 31.7.91.
- 5) RMRB, 25.10.91.
- 6) BRu 1990, Nr.10, S.6.
- 7) BRu 1990, Nr.10, S.12.
- 8) IHT, 5.9.91.
- 9) SCMP, 12.6.91.
- 10) XNA, 10.5.91.
- 11) Dazu Ca., Juli 1991, Ü 7.
- 12) XNA, 18.6.91.
- 13) XNA, 28.11.91.
- 14) SCMP, 26.11.91.
- 15) XNA, 28.4.91.
- 16) XNA, 10.5.91.
- 17) CNA in SWB, 20.11.91.
- 18) Yonhap in SWB, 15.11.91.
- 19) Dazu BRu 1989, Nr.3, S.11-20.
- 20) BR 1991, Nr.43, S.10-13.
- 21) Jingbao, Hongkong, nach SWB, 10.8.91.
- 22) RMRB, 9.7.89.
- 23) Dazu SCMP, 24.11.91.
- 24) XNA nach SWB, 15.11.91.
- 25) XNA, 16. und 17.11.91.

Hans-Wilm Schütte

Kultur zwischen Parteilinie, Tradition und Öffnung nach außen

Zum derzeitigen Spielraum im Kulturangebot

Gliederung:

1. Fragestellung
2. Der kulturpolitische Rahmen
3. Das Kulturangebot
 - 3.1 Schwerpunkte des offiziell gutgeheißenen Schaffens
 - 3.1.1 Gegenwartsbezogene sozialistische Kultur
 - 3.1.2 Ausländisches Kulturschaffen
 - 3.1.3 Traditionelle Kultur
 - 3.2 "Schlechte" Kultur
 - 3.2.1 Heterodoxe Traditionen
 - 3.2.2 Zeitgenössische chinesische Werke
 - 3.2.3 Ausländisches Kulturschaffen
 - 3.2.4 Pornographie und populäre Unterhaltungskultur
4. Zusammenfassung und Bewertung

1. Fragestellung

Was ist erlaubt in China von heute? Wie gleichgeschaltet sind Presse und Rundfunk, Film und Fernsehen? Wie groß ist der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis, zwischen Kulturpolitik und tatsächlichem kulturellem Angebot? Wo liegen die Grenzen, die Reizzonen und die Schwerpunkte in jenem Spannungsfeld zwischen den drei relevanten Polen - der Parteilinie, der Tradition und der Öffnung nach außen? Angesichts der sich in den letzten Monaten weiter verstärkenden Rigidität der Kulturpolitik mag man den Spielraum der Kulturschaffenden für klein halten. Andererseits findet nach wie vor ein offiziell befürworteter Kulturaustausch mit dem Ausland statt,

der beispielsweise den chinesischen Metropolen immer wieder Gastspiele ausländischer Künstler bringt, und auch traditionelle Musik oder klassische Pekingoper sind nicht gerade als sozialistisch anzusehen. Ist das Kulturangebot am Ende liberaler als sein Ruf?

Die folgende Analyse ist zeitlich eingegrenzt auf das laufende Jahr, in dem sich das geistige Klima gegenüber dem Vorjahr weiter verschärfte, und hier wieder besonders auf das zweite Halbjahr. Ein erster Markstein in dieser Entwicklung war die im Januar veröffentlichte Rede Li Ruihuans vom November 1990, in der der Aufbau einer sozialistischen geistigen Kultur in funktionellen Zusammenhang mit dem Aufbau des Sozialismus gesetzt wurde.¹ Den zweiten Markstein bildet die programmatische Rede Jiang Zemin vom 1. Juli, der anlässlich des 70. Jahrestages der KP-Gründung noch einmal die strengen kulturpolitischen Vorstellungen der Führung zusammenfaßte.²

2. Der kulturpolitische Rahmen

Jiang Zemin selbst geht im kulturpolitischen Teil seiner Rede auf die eingangs erwähnten drei Pole ein. Demnach bilden der Marxismus-Leninismus sowie die Mao-Zedong-Ideen das Leitprinzip auf dem Gebiet der Kultur. Dem Ziel, eine "sozialistische Kultur chinesischer Prägung" aufzubauen, werden sowohl das Erbe der chinesischen Tradition als auch kulturelle Er-